

Matthias Quent

Unter Mitarbeit von
Maria Diedrich



**Rechtsextremismus und
zivilgesellschaftliches Engagement
in der Krise?**

**Kurzfassung der Situations- und Ressourcenanalyse
für den Saale-Holzland-Kreis**

Autoren

Dr. Matthias Quent

Matthias Quent (Jena), Dr. phil., ist Soziologe mit den Arbeitsschwerpunkten öffentliche und politische Soziologie, Demokratie, Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Seit August 2016 leitet er in Jena das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Maria Diedrich

Maria Diedrich (Jena), M.A., ist Soziologin und wissenschaftliche Assistentin an der Hochschule Ludwigshafen am Rhein im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen.



Inhalt

Vorwort	4
Einleitung	5
1 Kontextfaktoren im Saale-Holzland-Kreis	6
Aspekte der politischen Kultur im Saale-Holzland-Kreis	6
Polarisierung der Gesellschaft	6
Perspektiven der Befragten auf die Kontextfaktoren im SHK	7
2 Situationsanalyse Saale-Holzland-Kreis- Gefährdung für die Demokratie	8
Formell organisierter Rechtsextremismus	8
Organisierter Rechtsextremismus	9
<i>Rechtsextreme als selbsterklärte Bürgerinitiative: „Wir lieben den Saale-Holzlandkreis“</i>	9
<i>Kahla: Schwerpunkt des organisierten Rechtsextremismus</i>	10
<i>„Pro Schöngleina“: Bundesweiter Leuchtturm der Neuen Rechten</i>	12
Alltagsrassismus	12
3 Ressourcenanalyse „Helld Deutschland“ im Saale-Holzland-Kreis	14
Öffentliche Akteure gegen Rechtsextremismus	14
Der Lokale Aktionsplan	14
<i>Projektpartner im LAP</i>	15
<i>Tätigkeitsbereiche der LAP-Partner</i>	16
<i>„Bündnis für Vielfalt und eine Kultur der Zivilcourage im SHK“</i>	16
<i>Eisenberg als Zentrum zivilgesellschaftlichen Engagements und der Hilfe für Geflüchtete</i>	17
Zivilgesellschaft in der ‚Krise‘? Perspektive und Probleme der Akteure	18
4 Ressourcen, Potenziale und Handlungsempfehlungen für den Saale-Holzland-Kreis	19
Literatur	22
Impressum	23

Vorwort

„Der Saale-Holzland-Kreis ist eine weltoffene Region, in der kulturelle Vielfalt, soziale Teilhabe und das Verständnis für gemeinsame demokratische Grundwerte aktiv bestärkt werden.“ (Aus der Erklärung aller Kreistagsfraktionen und des Landrates, Kreisausschusssitzung am 18.04.2016 in Kahla).

Als Beitrag zur Entwicklung konkreter Impulse und praktischer Schritte liegt nun eine aktuelle Beschreibung von Herausforderungen und Problemlagen sowie von Potenzialen und Chancen vor.

Diese Situations- und Ressourcenanalyse basiert auf externer Expertise, dem fachwissenschaftlichen Blick „von außen“. Sie entspricht den Anforderungen in Landes- und Bundesprogrammen. Grundlage ist ein Beschluss des Begleitausschusses des Lokalen Aktionsplans (LAP) im Saale-Holzland-Kreis.

Der LAP als Partnerschaft für Demokratie ist ein zentraler Rahmen für Demokratiestärkung und menschenrechtsorientiertes Engagement im Saale-Holzland-Kreis.

Hier wie auch darüber hinaus bedarf es einer breiten Beteiligung und vielfältiger Initiativen, um als engagierte demokratische Zivilgesellschaft gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Entwicklungen Position zu beziehen.

Der Situations- und Ressourcenanalyse ist eine breite Beachtung sowie konstruktive Übersetzung in die Praxis zu wünschen.

Manfred Paul
Amtsleiter Jugendamt
Federführendes Amt des LAP im SHK



Einleitung

Die globalen und nationalen gesellschaftlichen Bedingungen und Diskurse waren in den vergangenen Jahren raschen und weitreichenden Veränderungen unterworfen – schon vor der Migrationskrise¹. Der Rechtsextremismus reagiert sensibel auf diese sozialen Wandlungs- und Krisenprozesse: Es ist rechtsextremen Akteuren immer wieder gelungen, Situationen gesellschaftlicher Verunsicherung zu nutzen, um Deutungs- und Handlungsweisen, die in den rechtsextremistischen Kleinorganisationen am Leben erhalten und weiterentwickelt werden, in die Gesellschaft zu tragen. Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit unterstreichen die Dringlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit zu verteidigen. Vor dem Hintergrund der Migrationskrise ist 2015 und im ersten Quartal 2016 die Anzahl rechter Straf- und Gewalttaten bundesweit enorm gestiegen. Erstmals seit Jahren ist es rechtsextremen Akteuren wie „Thügida“ („Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“) gelungen, über die rechtsextreme Bewegung hinaus Sympathisant_innen für rassistische Demonstrationen zu mobilisieren. Die populistische und in Teilen extrem rechte Partei Alternative für Deutschland (AfD) gewinnt bundesweit enorm an Zulauf. Zahlreiche neue Gruppen und Organisationen mit bisweilen eilig wechselnden Namen sorgen dafür, dass die Übersichtlichkeit im Feld verloren geht. Dies stellt lokale Akteure vor große Herausforderungen. Trotz der parteiübergreifenden Empörung und Schlussfolgerungen aus dem NSU-Komplex ist die Sensibilität gegenüber den Gefährdungen für die Demokratie von rechtsaußen vor Ort höchst unterschiedlich. Gespräche mit Mandatsträger_innen und Bürgermeister_innen zeigen, dass diese den Ruf ihres Ortes nicht gefährden wollen und zugleich fürchten, rechte Wählerstimmen zu verlieren. Dabei sind rechtsextreme Strukturen an sich kein Faktor, der das Image einer Region gefährdet, denn es gibt sie überall. Das bloße Vorhandensein rechtsextremer Politikangebote ist also keine Besonderheit einiger weniger Kommunen. Entscheidend für die Erfolgsaussichten der Rechtsextremen auf der einen Seite und den Ruf einer Gemeinde auf der anderen Seite ist die Art und Weise, wie die lokale Gemeinschaft mit der Herausforderung des Rechtsextremismus umgeht.

Hier setzt die Lokalstudie an: Mithilfe der empirischen Situationsanalyse lassen sich die Herausforderungen und Problemlagen in den lokalen Kontexträumen identifizieren. In der Ressourcenanalyse werden Stärken und Netzwerke der lokalen Zivilgesellschaft dargestellt.

Für die Grundbedingungen des Zusammenlebens in der modernen globalisierten Demokratie treten unter anderem das Thüringer Landesprogramm „Denk bunt“ und der „Lokale Aktionsplan“ im Saale-Holzland-Kreis (SHK) ein. In der Analyse werden diese Ressourcen als vor Ort aktive Entitäten des „hellen Deutschland“ betrachtet. Anschließend wird kontrastiert, inwieweit diese Strukturen und Maßnahmen problemadäquat sind und durch welche Schritte die Qualität und Wirksamkeit demokratiefördernder Maßnahmen im SHK weiter gesteigert werden können.

Die vorliegende Untersuchung für den SHK verbindet sozialwissenschaftliche Befunde mit Wissensbeständen und Alltagserfahrungen von Kenner_innen der politischen Sphäre und der rechtsextremen Szene vor Ort. Eine solche Forschungsstrategie intendiert neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft. Ausgewertet wurden für die vorliegende Untersuchung 1) öffentliche Quellen (u.a. Presseberichte und Behördenangaben, Archive und Akten öffentlicher Träger, Beiträge in sozialen Netzwerken, einschlägige Literatur), 2) Daten aus teilnehmenden Beobachtungen von öffentlichen Versammlungen, politischen Kundgebungen und Akteurstreffen zivilgesellschaftlicher Initiativen und 3) Interviews mit insgesamt 18 Personen aus unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft im SHK.

Bei der vorliegenden Broschüre handelt es sich um eine stark gekürzte und für die öffentliche Auseinandersetzung aufbereitete Fassung der Analyse.

¹ | Hier wird der Terminus Migrationskrise genutzt, um die komplexen krisenhaften Zusammenhänge zusammenzufassen – insbesondere von Migrationsbewegungen, Ursachen von (Flucht-)Migration, Defiziten von Politik und Verwaltung sowie die Abwehrreaktionen innerhalb der Zuwanderungsgesellschaft.

Mithilfe der empirischen Situationsanalyse lassen sich die Herausforderungen und Problemlagen in den lokalen Kontexträumen identifizieren.

1 Kontextfaktoren im Saale-Holzland-Kreis

Der SHK ist ein ländlich geprägter Landkreis im Osten Thüringens mit 93 Gemeinden, darunter 8 Städte. Sitz des Landratsamtes ist Eisenberg. Von den knapp 84.000 Einwohner_innen lebten zum Untersuchungszeitpunkt 2015/2016 die meisten (ca. 65.000) in ländlichen Gemeinden mit weniger als 7.000 Bürger_innen. Gemäß des Thüringer Landesamtes für Statistik lag der Ausländeranteil, also derer, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, zum 31.12.2014 bei 2,5 Prozent; der Anteil der Bewohnerschaft mit Migrationshintergrund bei 1,9 Prozent. Seit 1994 hat der SHK knapp 10.000 Einwohner_innen verloren. Der Prognose des Thüringer Landesamtes für Statistik folgend wird die Einwohnerschaft des Kreises in den nächsten 20 Jahren auf knapp 64.000 schrumpfen. Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren betrug 6 Prozent, 23,6 Prozent der Bewohnerschaft war älter als 65 Jahre. Das Durchschnittsalter im SHK lag 2010 bei 47 Jahren, bis zum Jahr 2035 wird es auf 53,4 Jahre steigen. Die Arbeitslosenquote im SHK lag bei 6,3 Prozent. Der Vergleich dieser statistischen Kontextdaten des SHK mit den Werten der kreisfreien Städte und Landkreise in Thüringen zeigt: Diese Werte entsprechen im Wesentlichen der durchschnittlichen Streuung im Freistaat.

ASPEKTE DER POLITISCHEN KULTUR IM SAALE-HOLZLAND-KREIS

Die Beteiligung an den Wahlen für den Deutschen Bundestag im SHK ist seit 1994 zwar Konjunkturen unterworfen, diese folgen jedoch insgesamt dem allgemeinen Trend. Positiv hervor sticht: Die Wahlbeteiligung bei allen Bundestagswahlen liegt über dem Landesdurchschnitt, bei den Wahlen 1998 und 2005 lag die Beteiligung sogar über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Verteilung der Stimmen auf die Parteien zeigt geringe Abweichungen vom Durchschnitt in Thüringen. Insgesamt können konservative (CDU) sowie rechte bzw. rechtsextreme Parteien (AfD, NPD) im SHK Stimmen über dem Thüringer Landesdurchschnitt auf sich vereinen; dagegen ist das rot-rot-grüne Lager etwas schwächer als im Thüringer Durchschnitt.

POLARISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Der Prognose des Thüringer Landesamtes für Statistik folgend wird die Einwohnerschaft des Kreises in den nächsten 20 Jahren auf knapp 64.000 schrumpfen.

2015 sind so viele Menschen vor den weltweiten Konfliktherden nach Europa und Deutschland geflohen wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Die Politik reagierte vielfach überrascht, unvorbereitet und überfordert auf die Ausnahmesituation. Ohne das massenhafte Engagement ehrenamtlicher Helfer_innen wäre die Erstversorgung der Bedürftigen vielerorts zusammengebrochen. Bundespräsident Gauck lobte die Ehrenamtlichen als Repräsentant_innen für ein „helles Deutschland“. Rechtsextreme Gruppen, „Bürgerwehren“, Rassist_innen, Neurechte, Rechtspopulist_innen und andere nutzten den Krisendiskurs zum eigenen Vorteil, um Stimmung gegen Geflüchtete sowie demokratische Repräsentant_innen zu machen. Rassistische Ressentiments, Unwissenheit und Verunsicherungen führten zu Sorgen und Ängsten, die von rechten Akteuren politisiert und kanalisiert wurden. Dem „hellen“ Deutschland steht – in Gaucks Worten – das „Dunkeldeutschland“ entgegen.

Diese Polarisierung ist auch in Thüringen festzustellen. So berichtete ezra (Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen), die rechtsmotivierte Gewalt in Thüringen habe im Jahr 2015 stark zugenommen (mit 121 registrierten Fällen eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr). Auch das Thüringer Landeskriminalamt stellte einen Anstieg rechtsmotivierter politischer Straftaten in Thüringen im Jahr 2015 fest – von 1.060 Taten im Jahr 2014 auf 1.412 im Jahr 2015. Die politischen Parteien in Thüringen beklagten eine gestiegene

Zahl von Angriffen auf Parteibüros. Auch das Beratungsteam Mobit (Mobile Beratung in Thüringen Für Demokratie - Gegen Rechtsextremismus) erfasste 2015 in seiner Chronik eine deutliche Steigerung der Aktivitäten in Thüringen. Die Mobit-Berater_innen beobachteten im SHK insbesondere in der Stadt Eisenberg ein verstärktes Auflaufen extrem rechter Gruppen (Experteninterview SHK 5 & 6, 28.01.2016); das gesellschaftliche Klima habe dazu beigetragen, dass neue Akteure „auf Naziseite aktiv geworden sind“ (ebd.). Zudem berichteten die Interviewten von Negativerfahrungen aus der landesweiten Tätigkeit: Im Kontext der Migrationskrise ist es schwieriger geworden „zu argumentieren“. Ursächlich dafür seien „Rassismus und mangelnde Gesprächskultur“, in der „man nicht mehr ausreden kann“ (ebd.). Zudem stellten sie fest:

„ *Die Grenzen zwischen extrem Rechten und besorgten Bürgern verschwimmt. Besorgte Bürger ist oft eine Verharmlosung. Obwohl es Neonazis sind, sind die natürlich besorgt, aber worüber sind die besorgt? Weil da angeblich ihr Volk stirbt? Das wir ja suggeriert, es geht um Alltagsprobleme, aber die Nazis sind ja tatsächlich besorgt, dass ihr Volk ausstirbt. Das ist in weiten Teilen ein zu Unrecht genutzter Begriff. (Ebd.)* “

Eine weitere Beobachtung von Mobit bei Demonstrationen: Dem rechtsextremen Bündnis „Thügida“ gelang es 2015, Unterstützer_innen über die rechtsextreme Bewegung hinaus zu mobilisieren. So demonstrierten unter anderem in Rudolstadt, Apolda und Suhl hunderte, dem äußeren Stil nach unauffällige Bürger_innen gemeinsam mit Neonazis gegen die Aufnahme von Asylsuchenden und gegen angebliche „Überfremdung“.

In ihrer Beratungspraxis mit zivilgesellschaftlichen Initiativen fiel den Mobit-Berater_innen jedoch auch auf: „Die Nazipräsenz führt dazu, dass sich neue Leute dagegen engagieren, die damit eben nicht einverstanden sind. [...] Auch der Wille zur Unterstützung von Flüchtlingen wird deutlich.“ (Ebd.) Dementsprechend ist also die Gegenwehr im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen; zudem habe sich die demokratische Zivilgesellschaft in Thüringen pluralisiert, weil sowohl über die Hilfe für Geflüchtete als auch durch die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Mobilisierungen neue Akteure in den Themenfeldern Flucht und Asyl sowie Arbeit gegen rechts karitativ sowie politisch aktiviert wurden. Im SHK avancierte in der Zuwanderungsdebatte die Erstaufnahmestelle in Eisenberg zu einem Kulminationspunkt. Rechtsextreme demonstrierten, patrouillierten mit Fahrzeugen, fotografierten Geflüchtete und Helfende, beschimpften diese aus fahrenden Fahrzeugen. Dagegen stellten sich Gegenkundgebungen, konkrete Hilfstätigkeiten und Spenden, Willkommensfeste, Solidaritätsbekundungen und gemeinsame Projekte von Einheimischen und Geflüchteten.

Im Kontext der Migrationskrise ist es schwieriger geworden „zu argumentieren“.

PERSPEKTIVEN DER BEFRAGTEN AUF DIE KONTEXTFAKTOREN IM SHK

Die dörfliche Prägung, insbesondere die geringe Anonymität, führt nach Ansicht einiger Befragter dazu, dass die politische Debattenkultur geprägt ist durch einen hohen Anpassungsdruck. Es fiel im Alltag oft auf, dass Menschen nicht zwischen Personen und Positionen unterscheiden könnten. Abweichende Äußerungen können demnach zu erheblichen Beeinträchtigungen im persönlichen Bereich führen:

„ *Wenn jemand nicht in den Kram passt, werden da richtig persönliche Hetzkampagnen gestartet in den Dörfern. Der ländliche Raum funktioniert völlig anders, mit Demokratie ist da nix. (Interview SHK 7, 09.02.2016)* “

Den grundlegenden Eindruck dieses zugespitzten Zitates bestätigen mehrere der Interviewten. Jeder hatte eigene Erfahrungen und darüber hinaus Kenntnis von Fällen im eigenen Umfeld, in denen Engagement gegen Rechtsextremismus oder Mitarbeit in der Flüchtlingshilfe schädigende Gerüchte oder sogar persönliche Angriffe im sozialen Umfeld nach sich zogen. Bei den befragten Praktiker_innen im SHK herrschte darüber hinaus die Wahrnehmung, mit Herausforderungen seitens Politik und Verwaltung alleingelassen zu werden. Auch die Bildungspolitik und die Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland sorgten bei diesen Befragten für Unzufriedenheit. Eng mit der Ost-West-Frage verknüpft ist nach wie vor die Abwanderung junger Menschen aus ländlichen Regionen aufgrund der Unattraktivität des lokalen Arbeitsmarktes:

Allgemein wollen die Leute grundsätzlich erst mal hierbleiben. Die haben hier Haus und Hof. Die wollen schon hierbleiben. Aber so wie der momentane Zustand ist, gibt es nur eine Richtung und die ist westwärts – weil man dort bessere Ausbildungsplätze und Perspektiven kriegt. Lehrer gehen halt rüber und kriegen 1.500 Euro Mehr auf die Hand. So lange der Unterschied bleibt, der ist ja offensichtlich gewollt, wird die Abwanderung immer so weitergehen. (Interview SHK 3, 21.01.2016)

Selbstverständlich: Diese Auszüge sind nicht repräsentativ. Doch sie zeigen, dass es bei Ehrenamtlichen und sozial Tätigen gärt: Sie äußern scharfe Kritik an der vorherrschenden politischen Kultur.

2 Situationsanalyse Saale-Holzland-Kreis Gefährdungen für die Demokratie

FORMELL ORGANISierter RECHTSEXTREMISMUS

Kleinräumige Geländegewinne rechtsextremer Parteien basieren häufig darauf, dass etablierte und angesehene Personen aus den Ortschaften in ihrem sozialen Umfeld mobilisieren.

Die Analyse von Bundes- und Landtagswahlergebnissen rechtsextremer Parteien zeigt, dass rechtsextreme Parteien bei Bundestagswahlen im Landkreis SHK in den Jahren 2002, 2005 und 2013 etwas mehr Stimmanteile erhielten als im landesweiten Durchschnitt. Bei den Landtagswahlen 2009 und 2014 lag der Anteil rechtsextremer Stimmgewinne im SHK dagegen etwas unter den Gesamtwerten in Thüringen. Insbesondere zeigt sich, dass die NPD keine außergewöhnliche Verankerung im Landkreis aufweist. Die Werte belegen ein Stammwählerpotenzial für systemfeindliche rechtsextreme Parteien im SHK und in Thüringen zwischen 3 und 4 Prozent. In einigen Kommunen erreichte die NPD bei den Landtagswahlen 2014 deutlich höhere

Stimmanteile von bis zu 15,9 Prozent (Gösen). Allgemein gilt im SHK: Kleinräumige Geländegewinne rechtsextremer Parteien basieren häufig darauf, dass etablierte und angesehene Personen aus den Ortschaften in ihrem sozialen Umfeld mobilisieren. Über die kommunalen Mandate hinaus spielt die NPD im SHK derzeit keine Rolle. Im Frühjahr 2016 eröffnete das Bundesverfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die Partei. Nicht zuletzt aufgrund fehlender Erfolge und der Illegalitätsdrohung haben sich bundesweit rechtsextreme Akteure, darunter auch Sympathisant_innen und Aktivist_innen der NPD, verstärkt der 2013 gegründeten Partei Der III. Weg zugewandt. Auch in Kahla, Eisenberg, Schöngleina und im restlichen SHK wurden seitdem Werbematerialien des III. Wegs verbreitet.

ORGANISierter RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextreme als selbsterklärte Bürgerinitiative: „Wir lieben den Saale-Holzland-Kreis“

Die unterschiedlichen „Wir lieben [Ortsname]“-Gruppen in Thüringen sind ein eng mit dem Thügida-Netzwerk verbundenes Mimikry-Projekt rechtsextremer Entrepreneurs. Die Mimikry-Strategie als wichtiger Innovationsmechanismus des Rechtsextremismus in Thüringen besteht darin, dass sich die rechtsextremen Akteure als „Bürgerinitiative“ tarnen, obwohl sie sich explizit gegen bürgerliche Freiheitsrechte wenden. Erst durch dieses Schwindeletikett können die Rechtsextremen über ihre Bewegung hinaus mobilisieren. Die Gruppen traten vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 in Ostthüringen virtuell und öffentlich in Erscheinung. Auch hier haben Aktivist_innen der rechtsextremen Bewegung politische Forderungen des Rechtsextremismus mit lokalen Anlässen und Bezügen verbunden und versucht, durch eine emotionale positive Etikettierung die Heimatverbundenheit von Menschen zu mobilisieren gegen Geflüchtete und eine vorgeblich „volksfeindliche Politik“. Die Initiative geht zurück auf den NPD-Aktivisten David Köckert. Als Sprecher der Gruppe „Wir lieben den SHK“ tritt zudem Robert Köcher aus Kahla öffentlich auf. Vor dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“ sehen die rechtsextremen Akteure neue Möglichkeiten, ihre politischen Vorstellungen, Erfahrungen und Netzwerke, die jahrelang vor allem in Kleingruppen am Leben erhalten und kultiviert wurden, zu einer breiteren öffentlichen Wirksamkeit zu bringen. Die Zuwanderung von geflüchteten Menschen stellt der rechtsextremen Bewegung ein konkretes und mobilisierungsfähiges Thema zur Verfügung.



Demonstration der rechtsextremen „Thügida“ in Eisenberg, Quelle: Sven Peter

Wenngleich ein Großteil der Teilnehmenden an den Protestveranstaltungen aus anderen Regionen anreiste, waren innerhalb der Vernetzung auch Rechtsextreme aus dem SHK organisiert: Im Untersuchungszeitraum gehörten dem radikalisierten und politisch aktiven Kern der rechtsextremen Szene im SHK außerhalb von Kahla nach Einschätzung von Beobachter_innen etwa 20 kontinuierlich wirkende Personen an, aktiv insbesondere in Eisenberg und Crossen. In der Kleinstadt Kahla waren es noch einmal etwa ebenso viele. Über diese Organisator_innen hinaus existierte ein größeres, nicht kontinuierlich aktives, jedoch mobilisierbares Sympathisantenumfeld. Dieses reiche nach Angaben von befragten Praktiker_innen sogar bis in Wirtschafts- und Verwaltungskreise. Trotz der öffentlich präsenten und kritisch diskutierten Thügida-Mobilisierungen und der bedrohlichen Gewalttaten in Kahla haben viele befragten Expert_innen vor Ort vor allem eine rezipierte „Normalität von menschenfeindlichen und antidemokratischen Haltungen und Personen“ für typisch und bedrohlich für den SHK erachtet:

Es gibt im SHK keine klaren Abgrenzungen, also es gibt nicht die Naziszene und es gibt auch nicht irgendwie ne Abgrenzung zu nem Bürgerlichen. Das ist ein fließender Übergang und es ist da schon immer so, dass sich aneinander nicht gestört wird. (Interview SHK 8, 09.02.2016)

Demnach fand eine Normalisierung dieser Einstellungen statt über persönliche Bekanntschaften und Alltagserfahrungen mit Personen, die sich in rechtsextremen Netzwerken engagieren, einschlägige Szenekleidung tragen und neonazistische Positionen teilen. Bekannte Rechtsextreme aus dem SHK sind gesamtgesellschaftlich integriert: Sie haben normale Arbeitsplätze, treffen sich auf öffentlichen Plätzen, in Kneipen und in Vereinen. Verschiedene Interviewpartner_innen beschrieben die Unübersichtlichkeit: Rechtsextreme Akteure im SHK würden sich nicht in einer

„geschlossene Gruppe“ bewegen und über „kein gemeinsames Auftreten oder Image“ verfügen, sondern in ihrem Umfeld als ‚normal‘ angenommen und in einem größeren fluiden sozialen Umfeld agieren. Ihre Einstellungen sowie ihr politisches Engagement bis hin zu Gewalttaten werde geduldet:

„ *Es stört sich keiner daran wenn die auftreten [...]. Man kann sich da untereinander gut leiden, also auch der harte militante Nazi – es war vielleicht bekannt was er tut, aber in seinem Umfeld war eben nur der David oder so. (Ebd.)* “

Eine kontroverse öffentliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wurde in Kahla von Teilen der lokalen politischen Kultur abgelehnt und vom Großteil der Bevölkerung nicht eingefordert.

Die Einschätzung, der Rechtsextremismus werde in einigen Milieus des SHK nicht problematisiert und als normal wahrgenommen, findet seinen Ausdruck auch darin, dass die Szene nicht darauf angewiesen ist, eigene Rückzugsräume, Szeneimmobilien oder Treffpunkte zu betreiben. Ebenso wenig sind formalisierte Strukturen und koordinierte Treffen der rechtsextremen Akteure nötig, weil die engen sozialen Beziehungen untereinander bereits einen regelmäßigen Alltagskontakt gewährleisten. Die Entscheidung, unter welcher ‚Flagge‘ sie in Erscheinung treten, wird taktisch und nach dem Verfügbarkeitsprinzip entschieden. Das originäre Profil der lokalen rechtsextremen Bewegung liegt in ihrer Fluidität, d.h. es bestehen keine klaren Abgrenzungen. Die rechtsextremen Hintermänner und -frauen von „Wir lieben den SHK“ machen keinen

Hehl aus ihrer Strategie: Sie wollen diverse Themen, Unzufriedenheit und Verunsicherungen „aufgreifen“ und unter ihrer Flagge „auf die Straße tragen“. Bei der Nennung der aus ihrer Sicht relevanten Themen werden verschiedene tagespolitische Agenden thematisiert. Die Gegenüberstellung des Anspruches der rechtsextremen Gruppe mit ihrer politischen Praxis zeigt:

- Ebenso wie Rechtspopulist_innen versuchen Rechtsextreme vorgeblich durch die etablierte Politik vernachlässigte Themen aufzugreifen.
- Rechtsextreme springen auf von der populistischen Rechten gesetzte Themen und Narrative auf und grenzen sich zugleich teilweise von der AfD ab, die als „angepasste Systempartei wie alle andere“ (Wir lieben den Saale-Holzland-Kreis 2015) beschrieben werden. Die doppelte Abgrenzung gegenüber der etablierten Politik und gegenüber anderen Rechtsaußen-Gruppen birgt das Potenzial weitergehender gewalttätiger Radikalisierung.
- Die außerparlamentarische extreme Rechte versucht damit, vom Rechtsruck in der parteipolitischen Landschaft zu profitieren.
- Über diese popularisierten Themen werden demokratiefeindliche, gewaltbilligende und neonationalsozialistische Deutungsweisen der Rechtsextremen in die öffentliche Debatte gebracht.
- In der politischen Praxis gelingt den Rechtsextremen entgegen ihres Anspruches die thematische Öffnung über die identitätsstiftende ‚Ausländerfrage‘ hinaus nicht.

Kahla: Schwerpunkt des organisierten Rechtsextremismus

Seit Jahren existieren in der Kleinstadt Kahla zwischen Jena und Saalfeld aggressive und aktionsorientierte rechtsextreme Gruppen. In einer früheren ausführlichen Untersuchung hat Peter Schulz (2015) die politische Kultur in der Stadt Kahla im SHK wie folgt analysiert: Engagement gegen Rechtsextremismus wurde als privates Partikularinteresse

wahrgenommen. Eine kontroverse öffentliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wurde in Kahla von Teilen der lokalen politischen Kultur abgelehnt und vom Großteil der Bevölkerung nicht eingefordert. Die Perspektive auf den Rechtsextremismus als ein für Kahla relevantes Problem war nicht verbreitet und führte nicht automatisch zu einer offenen Auseinandersetzung. In diesem Klima gelang es dem organisierten Rechtsextremismus in Kahla, Normalitätsgewinne zu verzeichnen. Sie beruhen zentral auf der Abwehr der Wahrnehmung des organisierten Rechtsextremismus in der Stadtgesellschaft. Für überregionale Akteure wie Mobit steht Kahla hinsichtlich des Rechtsextremismus im SHK im Vordergrund. Demnach herrsche in der Stadt eine „rechte Hegemonie“: Mit der Immobilie „Burg 19“ haben Neonazis mitten in der Innenstadt Kahlas ein logistisches Zentrum in der Region. Über die Landesgrenzen hinaus hat der Ruf Kahlas empfindlich gelitten durch die Rechtsextremen und deren Duldung in der Stadtgesellschaft. Auch aus der baden-württembergischen Partnerstadt Schorndorf kamen deutliche Worte; die Fraktionen des dortigen Stadtrates erklärten unter anderen:

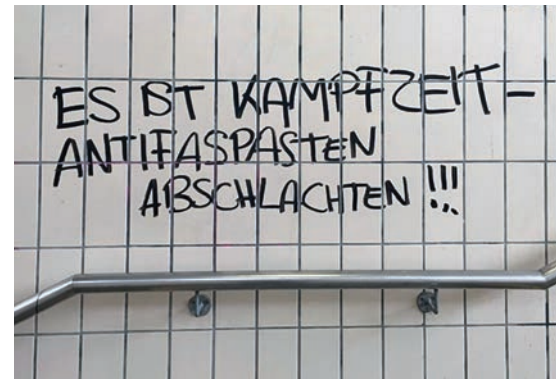
„*Unsere Partnerschaft ist aufgebaut auf der gemeinsamen Verantwortung für Demokratie und Frieden. Da darf kein Platz sein für demokratiefeindliche Aktionen von Neonazis. Deshalb bitten wir die Bürgerinnen und Bürger von Kahla, die Aufforderung unseres Bundespräsidenten zu beherzigen: Aus dem Erinnern ergibt sich ein Auftrag: Wehret den Anfängen! (Pöschke 2016)*“

Im Jahr 2013 gründete BLITZ e.V. in Kahla einen „Demokratieladen“ als öffentliche Einrichtung. Er sollte zum einen Räume bieten für Veranstaltungen, Ausstellungen, Treffen u.ä. für die Auseinandersetzung gegen rechts und für Demokratie, und zum anderen in dessen Rahmen vor Ort Vernetzungs-, Projekt- und Sensibilisierungsarbeit umsetzen. Seit 2015 erfüllt der Demokratieladen noch eine zuvor nicht explizit vorgesehene Funktion in Kahla: Der Raum hat als Anlauf- und Treffpunkt für die wenigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge fungiert, die in Kahla untergebracht sind. Nur wenige Schritte vom Demokratieladen entfernt eröffnete im Herbst 2015 ein Bürgerbüro der SPD. Von beiden Anlaufpunkten geht die wichtige Botschaft aus: Die Politik hat den ländlichen

Die Politik hat den ländlichen Raum nicht vergessen und nimmt den Kampf gegen rechtsextreme Normalitäten auf – auch unter erschwerten Bedingungen.

Raum nicht vergessen und nimmt den Kampf gegen rechtsextreme Normalitäten auf – auch unter erschwerten Bedingungen. Denn seit der Gründung des Demokratieladens wurde dieser immer wieder zum Ziel rechtsextremer Attacken: Der schwerste Angriff im Februar 2016 war ein Brandanschlag; auch das benachbarte Bürgerbüro des SPD wurde in diesem Tatzusammenhang mit Steinen angegriffen. Der Brandanschlag führte bundesweit zu Empörung und Schlagzeilen sowie zur Solidarisierung mit dem Demokratieladen: Beispielsweise beschloss der Jugendhilfeausschuss des Kreistags auch vor dem Hintergrund der gewaltsamen Angriffe eine finanzielle Zuwendung an die Einrichtung. Dies ist zu deuten als ein positives Zeichen der Unterstützung an die Betreiber_innen und Nutzer_innen, aber auch eine Botschaft an die Rechtsextremen: Eure Gewalt geht ‚nach hinten los‘.

Darüber hinaus wurden Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, bis in das private Wohnumfeld hinein bedroht.



Schmiererei am Bahnhof in Kahla, Quelle: LAP



Brandanschlag auf Demokratieladen in Kahla, Quelle: LAP

„Pro Schöngleina“: Bundesweiter Leuchtturm der Neuen Rechten

Weitgehend jenseits kritischer Berichterstattung und überregionaler Aufmerksamkeit hat sich die Einwohnerschaft der Gemeinde Schöngleina im SHK gespalten an der Frage der Unterbringung von geflüchteten Jugendlichen. Die Pläne, in Schöngleina eine betreute Unterbringung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einzurichten, rief anhaltende Proteste unterschiedlicher Akteure hervor.

In Schöngleina vollzieht sich öffentlichkeitswirksam der Schulterschluss zwischen der örtlichen Bürgerinitiative und rechtsextremen Gruppen.

Dass es der „Interessensgemeinschaft Pro Schöngleina“ um Sprecher Jörg Tonndorf und seine Mitstreiter_innen um mehr als um die Bearbeitung eines kontroversen Themas vor Ort geht, zeigt der Schulterschluss mit Rechtspopulist_innen und Rechtsextremen aus der ganzen Bundesrepublik. Gemeinsam mit der bundesweiten Kampagne „Ein Prozent für unser Land“ produzierte die Gruppe zwei Internetvideos, die bundesweit zehntausende Male angeklickt wurden. Die Agitator_innen inszenieren Schöngleina als „thüringisches Widerstandsnest“ (Facebook 2016). In dem Video kommt unter anderem Tonndorf in einem T-Shirt des Netzwerks „Ein Prozent für unser

Land“ zu Wort. Öffentlichkeitswirksam wird im Film der Bau eines Zauns um das Grundstück von Tonndorf gezeigt. Tonndorf gibt an, der Zaunbau solle „unseren Kulturbereich abstecken“ – gegen 16 Geflüchtete.² Beim Bau und der Filminszenierung wurden Tonndorf und seine Gruppe unterstützt von rechtsextremen Aktivist_innen aus anderen Bundesländern: etwa von der rechtsextremen Gruppe „Kontrakultur Halle“, die zur „Identitären Bewegung“ zählt. Mehrfach hat sich bereits die Jenaer AfD-Abgeordnete Wiebke Muhsal für „Pro Schöngleina“ eingesetzt. In Schöngleina vollzieht sich öffentlichkeitswirksam der Schulterschluss zwischen der örtlichen Bürgerinitiative und rechtsextremen Gruppen und Akteuren der sogenannten „Neuen Rechten“, zu denen das Netzwerk „Ein Prozent für unser Land“ zählt.



Screenshot des „Ein Prozent“-Videos über Schöngleina, zuletzt abgerufen am 11.11.2016, Quelle: YouTube

Es zeigte sich, dass die Flüchtlingsgegner_innen trotz ihrer offensiven, heroisierenden und bundesweit wahrnehmbaren Selbstinszenierung vor Ort sehr umstritten sind: Auch in Schöngleina ist das „helle“ Deutschland; im Clearinghaus engagieren sich Ehrenamtliche, im Mai 2016 spendeten Einwohner_innen des Ortes 14 Fahrräder für die Geflüchteten (Flamich 2016).

ALLTAGSRASSISMUS

Anders als in Kahla, Eisenberg und Schöngleina ist es nach Einschätzung einer Befragten in breiten Teilen des SHK der unterschwellige „Alltagsrassismus“ der Mehrheitsbevölkerung, der die demokratische Kultur gefährdet:

2 | Stand: Mai 2015; maximal können in der Stelle 30 Flüchtlingskinder unter 18 Jahren aufgenommen werden.

Organisierte rechtsextreme Einflüsse habe ich nicht wahrgenommen – nicht so wie in Kahla, so explizit rechtsextrem organisiert. Alltagsrassismus: Das ist das Thema, der uns immer wieder begegnet, und gerade jetzt mit unseren unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen merkt man immer mehr. Das fängt ja schon beim Friseurbesuch an, wo die Friseurin sagt ‚Machen sie bitte einen Termin, weil die Krankheitsübertragung, ich will die eigentlich nicht und meine Kunden die kommen hier nicht mehr‘. Oder der Zahnarzt in Crossen, der konkret sagt, er behandelt keine Flüchtlinge. (Interview SHK 13, 22.02.2016)

Die skandalösen, diskriminierenden und regelwidrigen Verhaltensweisen, wie im Zitat beispielhaft gezeigt, verletzen die Menschenwürde und das Prinzip der Gleichwertigkeit. Der Verein „Ländliche Kerne e.V.“ beherbergte und begleitete zum Untersuchungszeitpunkt eine kleine Gruppe von sechs unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus Syrien im Alter zwischen 12 und 17 Jahren in Crossen. Im Alltag mit den Geflüchteten offenbarten sich dem etablierten Träger unterschiedlicher sozialer, öffentlicher und kommerzieller Angebote im Kreis an unerwarteten Stellen erhebliche Schwierigkeiten und gruppenbezogen menschenfeindliche Vorbehalte. Vorbehalte gegenüber Geflüchteten gibt es auch unter Jugendlichen im SHK. Versuche, einheimische Jugendliche und die Geflüchteten miteinander in Kontakt zu bringen, scheiterten zunächst an der mangelnden Integrationsbereitschaft der Deutschen. Für die Geflüchteten sind diese Abwehrreaktionen der Einheimischen eine Belastung – noch über ihre schwierige Situation ohne Eltern und Familie und zum Teil traumatische Kriegs- und Fluchterfahrungen hinaus:

Versuche, einheimische Jugendliche und die Geflüchteten miteinander in Kontakt zu bringen, scheiterten zunächst an der mangelnden Integrationsbereitschaft der Deutschen.

Am Anfang waren die relativ unbeschwert, aber nach und nach kriegten die auch den Rassismus mit. Das verletzt sie schon. (Ebd.)

Negative Erfahrungen wurden in diesem Zusammenhang auch mit der Polizei gemacht, wie die Interviewpartnerin berichtete:

Und zum Beispiel die fahren jetzt zum Deutschkurs immer nach Gera mit der Bahn; und da sind teilweise Polizisten auf die zugegangen und haben die dann nach Unterlagen verlangt und wollten die mitnehmen und wäre da nicht jemand von uns dabei gewesen, wären die einfach mal so mitgenommen wurden. Das ist schon schwierig – viele verfestigte Vorurteile und Ängste, die das Handeln motivieren. (Ebd.)

Die Erfahrungen und Perspektiven dieses Trägers veranschaulichen die gesellschaftliche Polarisierung durch die Fluchtmigration, die Chancen und Herausforderungen schafft: Auf der einen Seite kann der dargestellte Alltagskontakt Homogenitätserfahrungen und -vorstellungen aufbrechen und dazu führen, dass sich individuelle Weltbilder und die gesellschaftliche Wirklichkeit vor Ort stärker gegenüber der Vielfalt der Welt öffnen. Zudem werden gruppenbezogen menschenfeindliche Vorurteile und Abwertungen sichtbar, die zuvor weitgehend versteckt und unhinterfragt vorhanden waren. Dies verläuft auf der anderen Seite jedoch keineswegs ohne Konflikte, Abwehrreaktionen und führt zu Demütigungen, Diskriminierungserfahrungen und Beschädigungen bei den Geflüchteten. Von herausragender Bedeutung ist es deshalb, zu verhindern, dass Negativerfahrungen zum Rückzug und zum Scheitern des Integrationsprozesses führen. Ablehnung und Druck von außen können demnach dazu führen, dass sich ein Verein, in dem

Für einen Teil der Bevölkerung vor Ort besitzen die Werte Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit keinen Eigenwert.

Migrant_innen integriert sind, noch stärker mit diesen solidarisiert und für sie einsetzt. Allerdings führt die offene Feindschaft auch dazu, dass andere Vereine durch den sozialen Druck davon abgehalten werden, sich für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten einzusetzen.

Die Beispiele zeigen, dass im SHK nicht Geflüchtete das Haupthindernis für ein gutes Miteinander darstellen, sondern die Abwehrreaktionen aus Teilen der deutschen Bevölkerung. Diese Beobachtung bestätigt auch den oben genannten Befund eines entgrenzten Rechtsextremismus im SHK: Anders als in der überwiegenden Breite der bundesdeutschen Gesellschaft sind dessen Akteure nicht als ‚extremer Rand‘ geächtet und marginalisiert, sondern können über vollkommen unsachliche, ideologische und menschenfeindliche Interventionen die lokale Öffentlichkeit erreichen und das demokratische Klima vergiften. Dies liegt ursächlich auch an den spezifischen Kontextbedingungen der politischen Kultur und der „Burgmentalität“ im lokalen Kontext. Für einen Teil der Bevölkerung vor Ort besitzen die Werte Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit keinen Eigenwert.

3 Ressourcenanalyse „Helld Deutschland“ im Saale-Holzland-Kreis

ÖFFENTLICHE AKTEURE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Im alltäglichen Schulterschluss und der Kooperation der Demokrat_innen besteht noch Potenzial, durch Synergien die Wirksamkeit von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu erhöhen.

Die Analyse von Herausforderungen für die demokratische Kultur im SHK hat gezeigt, dass rechtsextreme Aktivitäten nicht unwidersprochen bleiben und von öffentlichen Akteuren kritisch beobachtet werden. Unter anderem der Bürgermeister von Bürgel, Johann Waschnewski (CDU) wendete sich öffentlich ebenso gegen rechtsextreme Versammlungen wie die Kreistagsfraktionen der CDU, Linke/Grüne, Bauern/FDP, SPD und die Fraktion Bürgerinitiative. Der Landrat des SHK rief mehrfach die Einwohnerschaft des Kreises dazu auf, sich an den Protesten gegen rechtsextreme Kundgebungen zu beteiligen. Auch die Kirchgemeinden und der Kreissportbund bezogen Stellung gegen Rechtsextremismus.

Eine bessere Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren gegen Rechtsextremismus und den politischen Verantwortlichen im SHK könnte dazu beitragen, gegenseitig Verständnis und Vertrauen aufzubauen und Konflikte zu bearbeiten. Dies setzt freilich die Bereitschaft dazu auf beiden Seiten voraus. Im alltäglichen Schulterschluss und der Kooperation der Demokrat_innen besteht noch Potenzial, durch Synergien die Wirksamkeit von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu erhöhen. Über diese Akteure hinaus sind für landesweite Akteure im SHK vor allem Blitz e.V., der Demokratieladen in Kahla, Täglich Brot Insel e.V., die Ortsverbände der Parteien SPD und LINKE und der Geschichts- und Forschungsverein Walpersberg e.V. Ansprech- und Kooperationspartner.

DER LOKALE AKTIONSPLAN

Grundlage der Darstellung sind die Netzwerkpartner des Lokalen Aktionsplanes Saale-Holzland-Kreis (LAP SHK), der im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mit dem Titel „Partnerschaft für Demokratie“ geführt wird. Dabei nehmen die Akteursnetzwerke und Kooperationspartner des LAP eine hervorgehobene Stellung ein. Erhoben und zum

zivilgesellschaftlichen Netzwerk gezählt wurden solche Einzelpersonen, Organisationen oder Institutionen, die im Erhebungszeitraum Dezember 2015 bis inklusive Februar 2016 durch Netzwerktreffen, projektbezogene Kooperationen oder Bündnisse mit dem LAP (dessen externer Koordinierungsstelle) in Verbindung standen. Die Erhebung der LAP-Partner umfasst damit nicht die gesamte Zivilgesellschaft des Kreises, jedoch fast alle, die sich im Themenspektrum für Demokratie und gegen extrem rechte Haltungen engagieren. Der LAP und zivilgesellschaftliche Netzwerke im SHK arbeiteten im Erhebungszeitraum mehrheitlich in drei Themenkomplexen. Das Thema „Flucht und Asyl“ band einen nicht geringen Anteil zivilgesellschaftlicher Ressourcen im Kreis. Die kurzfristig notwendigen Hilfs- und Unterstützungsleistungen wurden zu großen Teilen von Ehrenamtlichen erbracht. Der LAP war Teil von deren Koordinierung. Die Arbeit der Zivilgesellschaft umfasste sowohl ganz konkrete Unterstützungsarbeit (Organisation von Spenden, W-Lan) als auch das Bemühen um eine Willkommenskultur mit der Schaffung von Begegnungen (Malfest, Café International, Willkommen im Sport), koordinierende Tätigkeiten, Informations- und Aufklärungsveranstaltungen. Das Thema „Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bildete den zweiten Arbeitsschwerpunkt. Der Ausbau eines Informations- und Ressourcenpools insbesondere für Kundgebungen und die Organisation von Gegenprotesten war ein wichtiger Aspekt der Arbeit. Dieser umfasste generell Appelle zur Teilnahme und Mitgestaltung von Gegenprotesten gegen Mobilisierungen der extremen Rechten – im Erhebungszeitraum eine Demonstration von Thügida im Dezember 2015. Der dritte inhaltliche Schwerpunkt lag beim Thema „Jugendbeteiligung“, durch das Teilhabe, demokratische Strukturen und Alltagskultur gefördert werden sollen. Das Thema wurde in regelmäßigen Projekten aufgegriffen (Schülerwerkstatt, Förderung von Jugendprojekten mit Teilhabeorientierung). An der Schnittstelle zwischen konkretem Engagement gegen extreme Rechte und der Teilhabe von Jugendlichen befindet sich beispielsweise das Jugendcafé „Mission Monday“ als Kooperationsprojekt des LAP mit dem Demokratieladen. Daneben wurde im Erhebungszeitraum eine kreisweite Struktur geschaffen, die direkte Beteiligung von Jugendlichen erlaubt: Der Jugendbeirat des LAP und der Regionalen Aktionsgruppe Saale-Holzland e.V. (RAG) soll die Einbeziehung von Jugendlichen in die Projektförderung strukturell verankern.

Durch breite Netzwerkarbeit und Unterstützung durch BLITZ e.V. und insbesondere den zuständigen Koordinator, der von vielen Befragten als das „Rückgrat“ des LAP gelobt wurde, ist die Bekanntheit und die Integrationsfähigkeit des LAPs im Landkreis stetig gewachsen. Räumliche Schwerpunkte der Projektarbeit des LAP im SHK waren vor allem Kahla und Eisenberg; Defizite bestanden aufgrund der räumlichen Größe und Vereinzelung des Gebietes bei der Einbindung von Akteuren aus kleineren Gemeinden:

„ *In der Fläche ist der LAP nicht wirklich präsent. Mit den Akteurstreffen, denke ich, kommt das jetzt an. Blitz hat viel Flächenwerbung gemacht und auch für andere Anträge gestellt. (Interview SHK 13, 22.02.2016)* “

Projektpartner im LAP

Zum Untersuchungszeitpunkt bestand auf formaler Ebene der allergrößte Teil der zivilgesellschaftlichen Netzwerke aus Organisationen und Institutionen; informelle Gruppen und Einzelpersonen waren nur sehr begrenzt anzutreffen. In die Organisation der Projekte und strukturbildenden Netzwerkarbeit waren vor allem Akteure aus formalen Strukturen involviert. Von ca. 50 Akteuren waren 40 eingebunden in Institutionen und Organisationen. Innerhalb dieses Netzwerkes waren vor allem hauptamtliche Akteure involviert. Ausnahme bildete hierbei die Thematik „Flucht und Asyl“, wo Eigenverantwortung, Selbstorganisation der Flüchtlingshilfe und direkte Zusammenarbeit mit Stellen wie der Koordinierungsstelle des LAP zentral waren.



Pressebericht zum Protest gegen Thügida in Eisenberg, Quelle: OTZ

Tätigkeitsbereiche der LAP-Partner

Die Partner im Netzwerk des LAP trafen sich bei verschiedenen Formen der Zusammenarbeit (kontinuierlich, Bündnis für Vielfalt, projektbezogen) und gingen in ihrer alltäglichen Arbeit auch unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen nach. Der Hauptteil der erhobenen zivilgesellschaftlichen Netzwerke, ungefähr jeweils ein Viertel, kam aus dem sozialen Bereich und der außerschulischen Jugendarbeit, der Sphäre politischer Interessenvertretung sowie aus konfessionellen Einrichtungen. Weiterhin in verhältnismäßig kleineren Anteilen vertreten waren Akteure aus Schule und Kindergarten, Sport und Kultur sowie Einzelpersonen.

Partner aus der (politischen) Bildungsarbeit für Jugendliche und Erwachsene waren zwar Teil des Netzwerkes, jedoch in keinem der Fälle im SHK angesiedelt. Sie wirkten durch Expertise und Unterstützung (im Falle landesweiter Beratungsorganisationen), stellten Ressourcen zur Verfügung und intervenierten auf diese Weise direkt in den Kreis hinein. Über Austausch und Vernetzung zum Beispiel im Landesprogramm „Denk bunt“ oder dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurden Impulse in der Zivilgesellschaft vor Ort gesetzt.

Darüber hinaus zu nennen sind Netzwerke und Projekte, die eng mit dem LAP verbunden sind, aber strukturell eigenständig organisiert: das Café International und das Projekt SiNA (Thinka Plus) in Eisenberg sowie der Demokratieladen, der in der gemeinwesenorientierten Demokratiearbeit angesiedelt ist.

„Bündnis für Vielfalt und eine Kultur der Zivilcourage im SHK“

Das „Bündnis für Vielfalt und eine Kultur der Zivilcourage im SHK“ ist eine dauerhafte Netzwerkstruktur, die durch den LAP angestoßen wurde. Es fasst vor allem die sozial engagierten Vereine im Themenfeld des LAP zusammen. Das Bündnis für Vielfalt besteht seit 2008 und wurde im Januar 2016 erneuert. Explizites Ziel des Bündnisses war die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung gegen menschenverachtende Haltungen und Rechtsextremismus im SHK. Die Schirmherrschaft übernahm der Landrat des SHK mit Beteiligung des Jugendamtes. In der öffentlich verkündeten Erklärung heißt es:

[...] Solidarische Mitmenschlichkeit und Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens sind durch ideologisierte, populistische oder fundamentalistische Haltungen und Handlungen gefährdet. [...] Wir beobachten mit zunehmenden Unwillen aber auch mit Sorge, dass sich in vielen Bereichen und Regionen unseres Gemeinwesens verstärkt menschenverachtende und antidemokratische Einstellungen und Handlungsweisen ausbreiten. Insbesondere stellen wir eine wachsende Ausbreitung von Intoleranz und Ausgrenzung bis hin zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und offenem Rechtsextremismus fest. Die extreme Rechte versucht dabei, sich bestehender demokratischer Strukturen und Organisationen zu bedienen und für ihre Ideologie zu missbrauchen. [...] Diesen Entwicklungen werden wir als Bündnis gemeinsam und öffentlich entgegnetreten [...] (Ella P. 2016)



Logo des LAP SHK



Bündnis für Vielfalt im Saale-Holzland-Kreis

Der Fokus der Erklärung liegt sowohl auf dem Bekenntnis gegen jede Form von menschenverachtenden Haltungen und extrem rechten Entwicklungen im SHK als auch auf der Betonung der Notwendigkeit allgemeiner demokratiestärkender Maßnahmen. Das „Bündnis für Vielfalt“ ist damit ein eher niedrigschwelliges Engagement – trotz oder gerade wegen seiner breiten inhaltlichen Ausrichtung. Beteiligt waren zum Untersuchungszeitpunkt über 20 Akteure, darunter der Landrat, Kirche, Sport-, Jugend- und Sozialverbände. Aus der Erklärung resultieren nicht zwangsläufig konkrete Projekte oder Teilnahme an weiteren Treffen, sodass in der Erhebung das „Bündnis für Vielfalt“ als gesondertes strukturbildendes Netzwerkprojekt der Zivilgesellschaft im SHK erfasst wurde.

Eisenberg als Zentrum zivilgesellschaftlichen Engagements und der Hilfe für Geflüchtete

Für viele Ehrenamtliche der vorpolitischen und politischen Zivilgesellschaft war die Zuwanderung von Geflüchteten und insbesondere die hochemotionalisierte öffentliche Debatte darüber das wichtigste Thema im Jahr 2015 und im ersten Quartal 2016. Durch die Krise bei der Registrierung, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten wurden ab dem Spätsommer 2015 ehrenamtliche Akteure aktiviert und in Austausch mit dem LAP gebracht. Lokaler Schwerpunkt war dabei auch die Erstaufnahmestelle in Eisenberg. Doch nicht nur durch die Aktivitäten rund um die Erstaufnahmestelle sind viele zivilgesellschaftliche Initiativen in diesem Themenfeld in Eisenberg aktiv; eine Rolle spielt auch, dass Eisenberg Kreisstadt, Sitz des Landratsamtes und Heimstadt diverser Institutionen und Organisationen ist. Eisenberg ist zudem Sitz vieler sozialer, konfessioneller und schulischer Einrichtungen bzw. Einrichtungen der Jugendarbeit, die zentrale Partner des LAP und Akteure der Zivilgesellschaft sind.

Durch das Engagement vieler Helfer_innen wurde die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeiten für die Gesellschaft zum Gegenstand der öffentlichen Debatte. Nach Angaben der Sprecherin der Paritätischen Kreisgruppe waren insgesamt mehr als 370 Menschen im SHK in sozialen Initiativen aktiv. Ihr Fazit: „Ohne ehrenamtliches Engagement würde das soziale Netz auch in unserem Kreis an vielen Stellen reißen“ (Schimmel 2015). Aus dem Vorstand des DRK-Kreisverbandes Jena-Eisenberg-Stadtroda wurde im Februar 2016 berichtet, dass 200 ehrenamtliche Helfer_innen in der Flüchtlingsarbeit in Eisenberg und Hermsdorf aktiv gewesen seien und binnen vier Monaten 10.800 Stunden ehrenamtliche Hilfe geleistet wurden (Munteanu 2016).

An der Landeserstaufnahmestelle in Eisenberg führte Blitz e.V. ein neues, mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) gefördertes „THINKA Plus“-Projekt durch. Das Projekt SiNA hat sich das Ziel gesetzt, qualifizierte soziale Betreuung und Beratung für Einheimische und Geflüchtete bereitzustellen und zu stärken. Die unabhängige Initiative „Eisenberg gegen Rassismus“ setzte sich unter anderem gegen rassistische Diskriminierung und Hass-Sprache im Internet ein sowie gegen rechtsextreme Demonstrationen in Eisenberg. Mit „Yalla Connect“ entstand in Eisenberg ein gemeinsames Projekt von Geflüchteten und Einheimischen.

„Ohne ehrenamtliches Engagement würde das soziale Netz auch in unserem Kreis an vielen Stellen reißen“ (Schimmel 2015).



Presseartikel anlässlich der Gründung des Café International in Eisenberg, Quelle: OTZ

Mit dem Jugendzentrum „Wasserturm“ in Trägerschaft von Blitz e.V. besteht in Eisenberg ein Treffpunkt für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, der sich klar gegen Rechtsextremismus positioniert. In der Einrichtung finden u.a. LAP-Projekte statt. Seit Jahren sind in dem Klub Jugendliche und Geflüchtete aus der Erstaufnahmestelle miteinander in Kontakt und in Austausch gekommen. Im Zuge des Anstiegs der Aufnahmezahlen von Geflüchteten gründete sich mit dem Café International eine eigene Anlaufstelle für Geflüchtete in Eisenberg – es versammelte vielfältige zivilgesellschaftliche Partner, ist Anlaufstelle für Engagierte, entwickelt Projekte und trägt sich inzwischen als Teil des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – Denk bunt“ selbst. 2015 wurde das Café International mit dem Ostthüringer Demokratiepreis des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ausgezeichnet.

ZIVILGESELLSCHAFT IN DER ‚KRISE‘? PERSPEKTIVEN UND PROBLEME DER AKTEURE

Im Jahr 2015 wurde das zivile Engagement in der Gesellschaft von vielen politischen und sozialen Akteuren gelobt. Fragt man diese nach den ihrer Meinung nach wichtigsten Herausforderungen, so ist beispielsweise zu hören: „Wichtigste Herausforderung ist es, Leute davon abzuhalten, zu resignieren.“ (Interview SHK 8, 09.02.2016) Im Schatten der Willkommenskultur gären Unzufriedenheit, Frustration und die Gefahr, dass der Rückzug des Staates demo-

„Wichtigste Herausforderung ist es, Leute davon abzuhalten, zu resignieren.“

kratiefördernde politische Akteure stärkt. Die Migrationskrise und das massenhafte ehrenamtliche Engagement sind vorläufige Höhepunkte, von denen auch das unmissverständliche Signal ausgehen muss, dass es so nicht weitgehen darf: Motivierende Anerkennung und die Erleichterung sozialer und ehrenamtlicher Tätigkeiten sollten seitens der Politik dringend finanziell deutlich stärker untermauert werden, um das positive Potenzial sozialen und zivilgesellschaftlichen Engagements für die Gesell-

schaft zu unterstützen, anstatt es auszubeuten. Dass Unbezahlte im reichen Land Deutschland zentrale gesellschaftliche Aufgaben übernehmen müssen, wird als „Riesenwiderspruch“ angesehen. Aus der Erfahrung im Sport zog ein Befragter den Schluss, dass die individuelle Motivation für ehrenamtliches Engagement eine große Bedeutung habe; die Motivation sei wiederum abhängig von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt seien in den vergangenen Jahren die Hürden und die Belastung größer geworden. Dies mache das Ehrenamt weniger attraktiv und vielseitig:

Allgemeine Entwicklung: Also ich sehe immer den Zusammenhang mit der Lage der ehrenamtlich tätigen Leute, weil dementsprechend auch der Wohlfühlfaktor ist – sind sie motiviert oder nicht, sind sie eher aufgrund von Einsparungsmaßnahmen oder gibts ne Ehrenamtsförderung oder nicht, wird die Bürokratie weniger oder nicht? Und bei den Faktoren ist es schwieriger geworden, die Anforderungen nehmen zu an die Leute. Das ist alles schwieriger geworden. Und die Leute, die jetzt noch tätig sind, die ja auch potenziell Multiplikatoren sind, bei denen erreichen wir mittlerweile ne Grenze der Belastbarkeit, dass die dann auch für Themen offen sind. (Interview SHK 3, 21.01.2016)

“

”

4 Ressourcen, Potenziale und Handlungsempfehlungen für den Saale-Holzland-Kreis

Die Gefahren von rechtsaußen sind im SHK nicht zu vernachlässigen. Dies betrifft insbesondere die im Folgenden zusammengefassten Befunde:

- Der SHK ist Aufmarschort landesweit aktiver rechtsextremer Gruppen.
- Schwerpunktmäßig liegen die Aktivitäten von Rechtsextremen im SHK im außerparlamentarischen Bereich.
- Gruppen, die sich öffentlich gegen die Asylpolitik und gegen Geflüchtete im Allgemeinen wenden, sind im SHK von Rechtsextremen gegründet und dominiert. Die Akteure sind überregional vernetzt.
- Der Ort Schöngleina ist zum Aushängeschild der „Neuen Rechten“ avanciert.
- In sozialen Netzwerken sind Überschneidungen zwischen rechtsextremen und neurechten bzw. rechtspopulistischen Narrativen und Strukturen festzustellen.
- In Kahla agieren Rechtsextreme mit terroristischen Mitteln. Ihre Taten sind bisher nur zum Teil aufgeklärt. Die hohe Gefahr, die von der Gewalt dieser Akteure ausgeht, fordert intensive polizeiliche Maßnahmen – hier gerät die Zivilgesellschaft an ihre Grenzen.
- In den anderen Regionen des SHK ist der Rechtsextremismus im Alltag diskursiv und sozial entgrenzt und zum Teil normalisiert.
- Die Ablehnung von Zuwanderung dominiert die Inhalte des Rechtsextremismus im SHK und ist dabei gesamtgesellschaftlich anschlussfähig.
- Rassismus, Abwertungen und Diskriminierungen gegen Geflüchtete und Menschen aus Einwandererfamilien sind keine sozial randständigen Erscheinungen, sondern finden in der Wahrnehmung von Befragten alltäglich in der Gesellschaft statt.
- Die Schrumpfung der Wohnbevölkerung erhöht die Chance rechtsextremer Akteure, Wirkungsmacht zu entfalten, weil sie die damit einhergehende Deinfrastrukturalisierung thematisieren und sich an Protestdiskursen beteiligen können, ohne realistische Lösungsvorschläge vorhalten zu müssen.

Die weiter oben beschriebenen zivilgesellschaftlichen Akteure und Projekte des LAP stoßen im SHK damit auf differenzierte Herausforderungen durch Rechtsextremismus und andere Erscheinungsformen von Ungleichwertigkeitsideologien. Der hohe Wert des LAP und des Thüringer Landesprogrammes für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit für die demokratische Kultur im SHK zeigte sich in der Migrationskrise, in der der LAP eine unterstützende und ermöglichende Struktur sowie einen Resonanz- und Diskursraum bildete. Die sozialstrukturellen und sozioökonomischen Spezifika sowie die aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen bilden den Hintergrund, vor dem die demokratische Zivilgesellschaft im SHK agiert und die das Engagement zum Teil erschweren. Sie sind eingebettet in eine eher statische politische Kultur, die gesellschaftliche Innovation und erfolgreiche Intervention erschwert. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und extrem rechte Einstellungsmuster und Subkulturen reichen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein (vgl. Best et al. 2016, S. 103ff.), das unterscheidet den SHK nicht vom Rest Thüringens. Es zeigt sich aber, dass es

zusammenhängende, durch ihre Tätigkeit im Gemeinwesen verankerte Netzwerke gibt, die im vorpolitischen und im politischen Bereich wichtige demokratiestärkende Arbeit leisten. Sowohl im Alltag als auch zu spezifischen Anlässen ist Engagement gegen Demokratiegefährdungen und extrem rechte Aktivitäten präsent. Die Projekte im Untersuchungszeitraum bauen auf öffentliche Bekundungen, anlassbezogene Projekte und Koordination, die im Rahmen des LAP nur wenig auf alltägliche Praxis bezogen wird. Das Profil der untersuchten zivilgesellschaftlichen Netzwerke des LAP bietet insofern gute Potenziale, als dass Demokratie und politische Kultur in vielen Facetten thematisiert werden können.

Es gibt jedoch auch Schwierigkeiten im konsequenten Engagement gegen das inzwischen immer weitere Vordringen extrem rechter Akteure im Kreis. Erstens ist auffällig, dass sich die zivilgesellschaftlichen Akteure an Knotenpunkten bündeln und nur begrenzt Einzelprojekte zu einschlägigen Themen im Rahmen des LAP realisieren. Es sind wenig Projekte erfasst worden, die Akteure aus sich selbst heraus oder mit wenigen Kooperationspartnern (außer dem LAP) initiiert haben. Doch einzelne Projekte, in denen Personen und Organisationen in Eigenverantwortung in ihrem Feld gestalterisch tätig werden, können mehr zur demokratischen Alltagskultur beitragen und auch innerhalb der Zivilgesellschaft eine thematische Vielfalt schaffen (Berg et al. 2002, 313ff.; Buchstein und Heinrich 2010, S. 24). Auffällig ist ferner, dass die zivilgesellschaftliche Landschaft im Umgang mit Rechtsextremismus und Ungleichwertigkeitsideologien dominiert ist durch Akteure der vorpolitischen Zivilgesellschaft (bspw. Vereine, Verbände, Kirchen usw.). Positiv daran ist, dass dadurch die Auseinandersetzung mit diesen Themen insbesondere durch die Vernetzung im LAP niedrigschwellig im sozialen Alltag stets eine Rolle spielt. Allerdings besteht die Gefahr der Entpolitisierung (vgl. dazu Strobl et al. 2003) dieser Bedrohungen für die politische Kultur und in der Folge die Gefahr der Verharmlosung. Wichtig sind die daher Stärkung demokratischer Akteure sowie die Sensibilisierung und Bildungsarbeit. Für die Auseinandersetzung ist daher zu empfehlen, politische und wertbezogene Fragen stärker in den Fokus zu stellen.

Im Netzwerk fehlen zweitens langfristige dauerhafte Projekte, die sich fokussiert mit Themen wie modernem Neozitismus oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen. Zentrale Herausforderungen für die Präventions- und Interventionspraxis im SHK bestehen daher darin, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Facetten des Rechtsextremismus im Alltag auszubauen: Über Reaktionen auf öffentliche Auftritte von Rechtsextremen

hinaus sollten verstärkte proaktive Maßnahmen realisiert werden, um für Erscheinungsformen, ideologische Paradigmen und Ursachen von Rechtsextremismus zu sensibilisieren und damit zu einer politischen Kultur der kritischen Auseinandersetzung beizutragen. Dies kann konkret umgesetzt werden beispielsweise durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen, durch Filmvorführungen und Ausstellungen, strategische Öffentlichkeitsarbeit beispielsweise in Form regionalspezifischer Flyer (etwa auf Grundlage dieser Analyse) sowie durch kulturelle und künstlerische Projekte im öffentlichen Raum. Konkret ist zu prüfen, ob die Etablierung

Nicht-rechte Cliques und Strukturen sollten unterstützt werden.

von „Demokratieläden“ auch in Hermsdorf, Stadroda oder Bad Klosterlausnitz möglich ist. Für bestehende Strukturen der Jugend- und Verbandsarbeit ist auf der Grundlage von Erfahrungen anderer lokaler Kontexte (z.B. Saalfeld, vgl. Quent 2015, S. 105) zu empfehlen, ideologisch gefestigte Rechtsextreme und solche, die öffentliche Räume für menschenfeindliche Agitation nutzen, konsequent auszuschließen und die kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologiefragmenten zu suchen. Dazu ist ausreichendes und ausreichend qualifiziertes Personal erforderlich. Nicht-rechte Cliques und Strukturen sollten unterstützt werden und es sollte dazu beigetragen werden, deren Angebote zu öffnen und so attraktiv zu gestalten. Sowohl hinsichtlich der Einbindung weiterer Akteure als auch im Sinne der inhaltlichen Öffnung wäre es im Rahmen des LAP zu bedenken, eine „Zukunftskonferenz“ zu initiieren. Dort könnten Prognosen zur sozioökonomischen Entwicklung der Region, Fragen von Flucht, Zuwanderung und Demokratieentwicklung miteinander verknüpft und diskutiert werden. Ein gemeinsames Verständnis und Problembewusstsein der demokratischen Akteure im SHK hinsichtlich dieser in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter wachsenden Herausforderungen ist der erste Schritt zu einem präventiven und abgestimmten Vorgehen.

Drittens gibt es bei der Auswahl der Themen noch weitere Möglichkeiten. Fragen von Sexismus und Gleichberechtigung sind zentral für eine Demokratie, werden jedoch innerhalb des LAP nicht in Form von Projekten thematisiert; auch Sozialchauvinismus oder Diskriminierung aufgrund von Armut könnte im Rahmen von LAP-Projekten als relevant für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien angesprochen werden. So werden soziale Fragen nicht der extrem Rechten überlassen, die zum Beispiel mit Kampagnen gegen „Volkstod“ oder deren Bezug auf den „kleinen Mann“ versucht, diese Felder zu besetzen. Bedingung dafür wäre, Netzwerkpartner in diesen Bereichen zu haben oder zu gewinnen. So könnten weitere Zielgruppen erreicht und neue inhaltliche Impulse gesetzt werden, die auch im Alltag des Kreises eine große Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der analysierten Herausforderungen erweisen sich der virulente Alltagsrassismus sowie die politischen Aktivitäten der „Neuen Rechten“ als dringliche inhaltliche Handlungsfelder. Insbesondere Strategien zur Stärkung von Gegenrede vor Ort sind zu stärken, d.h. das Erheben kritischer Stimmen gegenüber Gerüchten, Vorurteilen und Alltagsrassismus, um das weitere Erstarken des Rechtsextremismus zu verhindern. Durch lokale Verantwortungsträger_innen und einflussreiche Akteure in den Kommunen ist es wichtig zu zeigen, dass politische Sachverhalte pluralistisch und unterschiedliche betrachtet werden können. Dabei gilt es auch, Position für die Demokratie zu beziehen und den Bekenntnissen konkrete Handlungen folgen zu lassen.

Vor dem Hintergrund der analysierten Herausforderungen erweisen sich der virulente Alltagsrassismus sowie die politischen Aktivitäten der „Neuen Rechten“ als dringliche inhaltliche Handlungsfelder.

Literatur

- Berg, Lynen von; Stender, Wolfram; Roth, Roland (2002): Zivilgesellschaftliches Engagement und lokale Demokratieentwicklung als Konzepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Konzeption und Erfahrungsbericht von Miteinander e.V. In: Alex Demirovic und Manuela Bojadzijev (Hg.): Konjunkturen des Rassismus. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 312–329.
- Best, Heinrich; Niehoff, Steffen; Saalheiser, Axel; Salomo, Katja (2016): Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2015. FSU Jena. Online verfügbar unter https://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thueringen-monitor_2015/thueringen-monitor_2015.pdf, zuletzt geprüft am 09.11.2016.
- Buchstein, Hubertus; Heinrich, Gudrun (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl (Wochenschau Wissenschaft). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-89974-578-8>, zuletzt geprüft am 09.11.2016.
- Ella P. (2016): Bündnis für Vielfalt und eine Kultur der Zivilcourage im SHK. Online verfügbar unter <http://vielfalt-im-shk.de/?p=755>, zuletzt geprüft am 25.05.2016.
- Facebook (2016): Ein Prozent für unser Land. Online verfügbar unter <https://www.facebook.com/einprozentfuerunserland/>, zuletzt geprüft am 18.05.2016.
- Flamich, Ute (2016b): 14 Fahrräder für 16 junge Flüchtlinge in Schöngleina gespendet. In: OTZ, 17.05.2016. Online verfügbar unter <http://eisenberg.otz.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/14-Fahrraeder-fuer-16-junge-Fluechtlinge-in-Schoengleina-gespendet-1954018016>, zuletzt geprüft am 25.05.2016.
- Munteanu, Angelika (2016): Dank an Flüchtlingshelfer im Saale-Holzland-Kreis. In: OTZ vom 19.02.2016. Online verfügbar unter <http://eisenberg.otz.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Dank-an-Fluechtlingshelfer-im-Saale-Holzland-Kreis-661666277>, zuletzt geprüft am 25.05.2016.
- Pöschke, Hans (2016): Kahla/Schorndorf: Brandanschlag auf Demokratie-Laden in Kahla. In: Zeitungsverlag Waiblingen vom 17.02.2016. Online verfügbar unter <http://www.zvw.de/inhalt.kahla-schorndorf-brandanschlag-auf-demokratie-laden-in-kahla.3166b00b-f1cf-4450-a7b8-3e9136eccfce.html>, zuletzt geprüft am 28.05.2016.
- Quent, Matthias; Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS (Edition Rechtsextremismus).
- Regionale Aktionsgruppe Saale-Holzland e.V. (2016): Die Vielfalt gemeinsam gestalten – Damit das Land Zukunft hat. Online verfügbar unter <http://www.rag-sh.de/>, zuletzt geprüft am 09.11.2016.
- Schimmel, Angelika (2015): Parität im Saale-Holzland-Kreis würdigt erstmals öffentlich freiwilliges Engagement. In: OTZ vom 19.11.2015. Online verfügbar unter <http://eisenberg.otz.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Paritaet-im-Saale-Holzland-Kreis-wuerdigt-erstmal-oeffentlich-freiwilliges-Enga-1667929797>, zuletzt geprüft am 25.05.2016.
- Schulz, Peter (2015): Fallstudie III: Kahla. In: Matthias Quent und Peter Schulz (Hg.): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS (Edition Rechtsextremismus), S. 151–265.
- Strobl, Rainer; Würtz, Stefanie; Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim, München: Juventa (Konflikt- und Gewaltforschung).
- Wir lieben den Saale-Holzland-Kreis (2015): Facebook „Wir lieben den Saale-Holzland-Kreis“ vom 17.11.2015. Online verfügbar unter <https://www.facebook.com/Wir-lieben-den-Saale-Holzland-Kreis-804811892944278/>, zuletzt geprüft am 27.05.2016.

Herausgeber:

Koordinierungsstelle LAP im SHK
Partnerschaft für Demokratie
www.vielfalt-im-shk.de
vielfalt@bildungswerk-blitz.de

Träger Koordinierungsstelle:

Bildungswerk BLITZ e.V.
Zeitgrund 6 | 07646 Stadtroda
Tel: 036428-51714 | Fax: 036428-51727

Die Analyse ist in der umfassenden Langversion unter folgendem Link im Web verfügbar:
http://vielfalt-im-shk.de/?page_id=914

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die die Erstellung der Analyse unterstützt haben!

Gefördert durch:

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“
Thüringer Ministerium für Jugend, Bildung, Sport im Rahmen des Landesprogrammes „Denk bunt“
Saale-Holzland-Kreis im Rahmen des Lokalen Aktionsplans - Partnerschaft für Demokratie

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!
Aktiv gegen Rechtsextremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Die in
der Broschüre
geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen
nicht mit denen der
Fördergeber überein-
stimmen.



Mit Unterstützung von:



Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft -Thüringer Dokumentations- und
Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Aufgaben des Institutes sind der Dialog von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft sowie die gemeinsame Entwicklung und Durchführung von Forschungsprojekten u.a. zu Protestaktivitäten, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie der Transfer von Befunden in die Öffentlichkeit.

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Talstr. 84 | 07743 Jena
E-Mail: mail@idz-jena.de
Tel.: 03641-2719403



Weitere Analysen:

IDZ 
INSTITUT FÜR DEMOKRATIE
UND ZIVILGESELLSCHAFT

www.idz-jena.de

In Trägerschaft der
AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

www.amadeu-antonio-stiftung.de